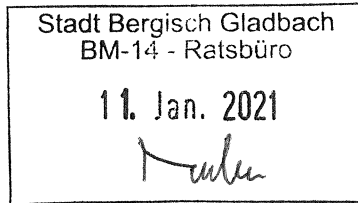


Herrn Bürgermeister  
Frank Stein



Freie Wählergemeinschaft  
Bergisch Gladbach e.V.  
Postfach 200920  
51439 Bergisch Gladbach

[www.fwg-bergischgladbach.de](http://www.fwg-bergischgladbach.de)  
[fraktion@fwg-gl.de](mailto:fraktion@fwg-gl.de)

### **Ratsfraktion**

09.02.2021

Sehr geehrter Herr Stein,

wir bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Bergisch Gladbach am 03.03.2021 zu setzen:

#### Antrag

der Fraktion Freie Wählergemeinschaft Bergisch Gladbach  
zur Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Bergisch Gladbach am 03.03.2021  
„Arbeitsgruppe Bürgerbeteiligung“

Die Freie Wählergemeinschaft Bergisch Gladbach beantragt, folgenden Beschluss zu fassen:

„Eine Arbeitsgruppe aus Verwaltung, Politik und Bürgerschaft wird beauftragt, eine Leitlinie Bürgerbeteiligung zu entwickeln. Die Arbeitsgruppe soll durch eine externe Moderation begleitet werden.“

Die Vertreter der Verwaltung werden von der Verwaltung festgelegt.

Die Vertreter aus Politik wurden durch Wahl im Stadtrat festgelegt.

Interessierte aus der Bürgerschaft können sich freiwillig schriftlich oder über ein online – Tool melden.

Die Auswahl der Vertreter aus der Bürgerschaft erfolgt dann per Los.

Der Stadtrat wird mindestens einmal pro Quartal über die Zwischenergebnisse informiert.“

Begründung:

Die in Bergisch Gladbach in jüngster Vergangenheit und in unmittelbarer Zukunft aufgeworfenen Stadtentwicklungsprojekte (Flächennutzungsplan, InHK Bensberg, Zanders) haben deutlich gemacht, dass sich Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt eine intensivere Beteiligungskultur wünschen. Fast alle Parteien haben wahrscheinlich nicht zuletzt deshalb das Thema Bürgerbeteiligung in ihr Kommunal-Wahlprogramm aufgenommen.

Eine Umfrage der Bertelsmann-Stiftung von 2014 hat gezeigt, dass durch Bürgerbeteiligung bessere politische Ergebnisse erzielt werden, und es ist sicher nicht umstritten, dass Bürgerbeteiligung prinzipiell demokratiestärkend ist und dazu beitragen kann, Unverständnis über politische Entscheidungen abzubauen und in einem gemeinsamen Informations- und Erfahrungsprozess Verständnis für komplexe Zusammenhänge zu wecken, insbesondere auch bei durch rechtliche und finanzielle Vorgaben verengten Handlungsspielräumen.

Erfahrungen aus anderen Kommunen haben gezeigt, dass Bürgerbeteiligung kein Selbstläuferprojekt ist. Durch die Beteiligung aller Akteure an der Entwicklung eines Leitfadens soll eine positive Grundhaltung in Politik und Verwaltung erreicht werden.

Im Rahmen der gemeinsamen Diskussionen in der Arbeitsgruppe kann auch von Anfang an deutlich werden, dass verbindliche Entscheidungen den politischen Gremien der Stadt vorbehalten bleiben müssen.

Ob in der Verwaltung z.B. eine Koordinierungsstelle für Bürgerbeteiligung geschaffen wird, durch ein Leitbild ein unverbindlicher Orientierungsrahmen geschaffen wird oder durch eine Satzung eine verbindliche Rechtsnorm entsteht, soll erst durch die Arbeitsgruppe selbst festgelegt werden.

Mit freundlichen Grüßen

FWG-Fraktion

Dr. Benno Nuding  
Fraktionsvorsitzender